

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 30 Pf. Durch Austräger 1.90 Mf. pro Woche, 7.50 Mf. pro Monat. Durch die Post 7.50 Mf. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5-6 Uhr. Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlessien, e. G. m. b. H., Breslau. Pöppelstraße Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Freitag, 30. Dezember 1921

Anzeigenpreise: Die 9-spaltige Millimeterzelle oder deren Raum 0.80 Mf., auswärts 0.90 Mf. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mf. Reklame: Die Millimeterzelle, 9-spaltig oder deren Raum im Text 3.— Mf.

Das wahre Gesicht der Washingtoner Abrüstungskonferenz.

„Daily Chronicle“ läßt sich aus Washington berichten, daß die ganze Arbeit der Konferenz ruhe in Erwartung der Antwort von Paris und Tokio über die U-Boot- bzw. Schantung-Frage. Diese beiden Länder hätten es in ihrer Macht, den großen Hardingschen Plan der Rüstungsbeschränkungen zum Scheitern zu bringen. Wenn Frankreich oder Japan es auf die Spitze treiben wollten, so würden diese Länder internationale Folgen zu gewärtigen haben.

Weiter wird mitgeteilt, daß, wenn Frankreich die letzten Vorschläge des Staatssekretärs Hughes ablehne, der Erfolg der Washingtoner Konferenz verstimmt sei, ja, daß die Washingtoner Abrüstung endgültig als Fiasko bezeichnet werden muß.

Diese Meldung ist wie keine andere geeignet, die sogenannte Abrüstung der großen imperialistischen Räuber ins rechte Licht zu setzen.

Die Phrase zerschelt an den ehernen Gesetzen des Kapitalismus, dessen Element trotz der schönsten Verständigungsreden nach wie vor der Imperialismus und dessen Begleiter, der Militarismus bleibt.

Es ist bezeichnend, daß neben dem Zank, wer ein Recht auf die wirtschaftliche Ausbeutung im fernem Osten habe, vor allem die U-Boot-Frage die Spitze für die Washingtoner Abrüstungskomödie wird. Es ist noch in frischer Erinnerung, wie die Ententestaaten während des Weltkrieges moralisch sich entrichteten über die Grausamkeiten und Unmenschlichkeiten des deutschen U-Boot-Krieges. Heute, im gesegneten Zeitalter des Völkerbundes der V. V. und U. S. P., schiebt man selbst die Menschlichkeitsphrase faktisch beiseite und kühnhandelt nur noch über die Anzahl der U-Boote, die einem jeden imperialistischen Räuberstaat zufallen sollen.

Was vor einiger Zeit die Exekutive der kommunistischen Internationale in einem auch in unserem Blatt abgedruckten Aufruf den Arbeitern sagte, erfährt immer deutlicher seine Bestätigung:

Die Gefahr neuer Kriege ist nicht vorbei!

Gepfeicht von der Profitjucht des Großkapitals, angezettelt von den Machinationen der Rüstungsindustrie, die nach wie vor fieberhaft an der Erzeugung von Kriegsinstrumenten arbeitet, unterstützt von einer chauvinistischen Presse, so arbeiten die Kriegshexer unermüdlich hin auf ein neues Blutbad der Völker.

Die Proletarier dürfen sich nicht täuschen lassen, wenn diese Kapitalistenklügel heute vorsichtshalber nicht mehr so offen wie früher mit dem Säbel rasseln und mehr mit pathetischen Reden von Verständigung operieren.

Diese „Verständigung“ besteht darin, daß die militärisch und darum auch wirtschaftlich siegreichen Kapitalisten-Gruppen nur unter sich die Ausbeutungsgebiete der Welt verteilen, über die Verklawung der Massen des Proletariats unter sich einig zu werden versuchen. Dabei geraten sie sich nach alter Raubtiermanier in die Haare, und die Kriegsgefahr ist da.

Ein getreues Abbild dieses Vorganges ist Washington. Das Proletariat aller Länder muß klar diese Tatsache erkennen, muß durchschauen, daß es geht um die Teilung seines eigenen Feltes, und muß dann die Folgerung ziehen aus der Washingtoner Heuchelei:

Kampf auf international-proletarischer Basis gegen alle neuen imperialistischen Intriguen und Rüstungen!

Der Streit um die Uboottonnage.

Newyork Times meldet aus Washington, es verlautete aus guter Quelle, daß die amerikanische Delegation hinsichtlich der Uboottonnage auf einer Höchstziffer von 60 000 Tonnen für die Vereinigten Staaten und England, von 36 000 Tonnen für Japan und von 35 000 Tonnen für Frankreich und Italien beharre.

Wie Newyork Herald aus Washington meldet, gelangen die Franzosen zu der Ansicht, daß sie gegen eine amerikanisch-englische Kombination kämpfen. Frankreich fürchtete, daß Großbritannien die Absicht habe, sich Amerikas Hilfe zum Aufbau einer anglo-amerikanischen Herrschaft zu bedienen.

Frankreichs Forderung.

Wie tief bereits die Gegensätze sind, beweist folgende Meldung aus Paris, an der vor allem bemerkenswert ist, daß Frankreich gegenüber der den Franzosen zugewilligten Tonnage von 35 000 eine solche von 90 000, also weit mehr als noch mal so viel, verlangen:

Der Ministerrat beriet eingehend über Frankreichs U-Boot-Forderungen, die auch auf der bevorstehenden Konferenz zu Cannes eine wichtige Rolle spielen dürften. Lloyd George hatte während der Londoner Vorbereitungen eindringlich verlangt, daß Frankreich seine Forderung ermäßige. Der Ministerrat hat jedoch beschlossen, die französische Abordnung in Washington anzuweisen, unbedingt darauf zu bestehen, daß der französischen Flotte 90 000 (Neunzigtausend) Tonnen U-Bootraum zugestanden werden.

Schon wieder eine Konferenz.

Wie bisher immer, wenn die kapitalistische „Verständigung“ an jenem Punkt angelangt war, wo die kapitalistischen Raubtierinstinkte in einen offenen Krach umzuschlagen drohten, so ist man auch diesmal wieder mit einer neuen Konferenz bei der Hand. Ueber den angeblichen Ausweg aus der Sackgasse meldet W. B.:

Neuer berichtet aus Washington, der Vorschlag, das gesamte U-Bootsproblem in Anbetracht der augenblicklich entstandenen Schwierigkeiten einer künftigen Weltkonferenz zu überlassen, sei jetzt mehr in den Vordergrund getreten. Keuzerlich trügen die Delegierten den gewohnten diplomatischen Optimismus zur Schau, in privaten Gesprächen habe jedoch mehr als einer der Delegierten zugegeben, daß die Haltung der Franzosen und Japaner in der U-Boot-Frage eine Regelung im Augenblick unmöglich mache. Präsident Harding sei für den Plan einer zukünftigen Konferenz zur Behandlung der U-Bootsfrage.

Seit der Abreise Briands habe allgemein der Eindruck geherrscht, daß auch die Frage der Landrüstungen auf der gegenwärtigen Washingtoner Konferenz nicht mehr zur Sprache kommen werde. Diese Ansicht wurde bestätigt durch die Meldung, daß der italienische militärische Stab ebenso wie der britische nach Hause zurückgekehrt seien. In britischen Kreisen sei stets die Meinung vertreten worden, daß die Frage der europäischen Landrüstungen besser auf einer Zusammenkunft in Europa erörtert werden könne, als in den Vereinigten Staaten, wo alles Interesse an einer solchen Frage nur mittelbarer Art sei.

Wie Frankreich abrüstet.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, ist vom Kriegsminister in der Kammer ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der die Rekrutenkontingente für das kommende Jahr auf 130 200 Mann festsetzt. Vor dem Kriege betrug die Höchstzahl 52 000 Mann.

Zu den 90 000 Tonnen U-Boote verlangen die Franzosen 300 000 Tonnen Kreuzer. Dazu erklärt „Daily Chronicle“, daß diese Forderung überhaupt die Möglichkeit der Seeabrüstung zerstöre und die Entente in Frage stelle.

Heller Aufruhr in Aegypten.

Die englische Zensur läßt nur einwandfreie Meldungen über die Vorgänge in Aegypten passieren. Darum sind die Nachrichten sehr unvollkommen und unzuverlässig. Aber auch aus den zensurierten Meldungen kann man ersehen, daß die Bewegung diesmal breite Kreise der Bevölkerung erfaßt hat und sehr ernster Natur ist. Sogar nach Oberägypten scheint der Aufstand gegen die englische Fremdherrschaft übergegriffen zu haben. Wenigstens läßt die Entsendung einer Flottille darauf schließen.

Aus London kommen folgende Meldungen: „Times“ berichtet aus Kairo, die Lage sei kritischer geworden. In Kairo sind die Regierungsbeamten in den Aufstand getreten. In fast allen Schulen Aegyptens wird gestreikt. In Port Said, Suez und Ismailia sind britische Kriegsschiffe eingetroffen. Ein Flottillen-Kommandant ist nach Oberägypten abgegangen. Die Gattin Jagul Paschas, der

in Suez interniert ist, hat die Aufforderung Allenbys, ihren Mann zu begleiten, abgelehnt und erklärt, sie wolle Jaguls Werk in Kairo fortsetzen.

Das Auswärtige Amt veröffentlicht eine Mitteilung mit einer Liste der Opfer der Unruhen in Kairo. Danach wurden 11 Aegyptier getötet und 14 verwundet. Engländer befinden sich nicht unter den Opfern. Die Ruhe in Kairo ist noch nicht völlig wiederhergestellt.

In Suez ist bekanntgegeben worden, daß Flugzeuge auf Ansammlungen Rauchbomben werfen würden. Wenn die Leute sich dann nicht zerstreuen, würden die Flugzeuge Granaten abwerfen und mit Maschinengewehren feuern. Der Postdienst ist wegen der gegenwärtigen Lage auf Kairo beschränkt worden. Die „Egyptian Gazette“ und das Blatt „Stafel“ sind verboten worden. Der Unterrichtsminister hat alle Regierungsschulen geschlossen.

Ein Aufruf der deutschen ägyptischen Kolonie.

Folgendes Aufruf sendet die Aegyptische Kolonie an die kommunistische Presse:

Als das ägyptische Volk das englische Abkommen, dessen Resultat seine Freiheit völlig raubte und vernichtet hätte, abgelehnt hat und in der friedlichsten Weise dagegen protestieren wollte, läßt England die Maske der Gerechtigkeit wegschleudern und greift zu Gewaltmitteln, um den patriotischen Geist des ägyptischen Volkes zu ersticken. Der größte Freiheitskämpfer und Volksführer, Jaghul Pascha, wurde mit vielen anderen angesehenen Persönlichkeiten verhaftet, um sie von der Tätigkeit für die Befreiung des Vaterlandes auszuschalten. Die englische Armee, vollständig gerüstet mit Tanks und Flugzeugen, patrouilliert durch die Straßen der großen Städte Aegyptens, und die englische Flotte marschiert auf die ägyptischen Häfen, um das unbewaffnete Volk einzuschüchtern, dessen einzige Schuld ist, seine Stimme für seine Freiheit zu erheben!

Jetzt fließt in Aegypten das edle Blut der Unschuldigen, vergossen von dem Heere jenes Volkes, das vor der ganzen Welt behauptet, es sei der Schützer der kleinen Nationen!

Deshalb appellieren wir an die gesunde öffentliche Meinung der zivilisierten Welt und protestieren heftigst gegen die maßlosen Gewalttaten Englands und die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts und Verraubung der Volksfreiheit!

**Aegypten soll frei leben!
Nieder mit der Gewalt!**

Die Wahrheit über Mont Cenis.

Das Acht-Uhr-Abendblatt bringt in seiner Dienstag-Nummer folgendes Telegramm aus Bochum:

Die auf der Zeche „Mont Cenis“ in Solingen im Juni dieses Jahres erfolgte schwere Schlagwetterexplosion, die 90 Bergarbeitern das Leben kostete, ist in ihren Ursachen bisher nicht restlos aufgeklärt worden. Die Zechenverwaltung erklärte vor einiger Zeit, das Unglück sei dadurch hervorgerufen worden, daß ein Schießheuer verbotswidrig Dynamit statt Sicherheitsprengstoff zu den Sprengungen verwandt habe. Jetzt erklärt der Vorsitzende des Betriebsausschusses von Mont Cenis öffentlich, daß er seinerzeit dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß die volle Wahrheit verschwiegen habe, um niemanden zu belasten. Jetzt wolle er aber die volle Wahrheit sagen. Die Bergarbeiterzeitung ergänzt diese Erklärung dahin, daß der Schuldige der Schießheuer Pauli war, der bei der Explosion in Stücke gerissen wurde. Pauli sei entgegen den gesetzlichen Bestimmungen als Schießheuer beschäftigt worden, trotzdem er, als Slovener, kein Wort Deutsch schreiben und lesen und sogar auf Slowenisch nur seinen Namen und Zahlen schreiben konnte. Er habe wohl daher Stabilität mit Dynamit vertauscht. Die Verantwortung treffe die Stelle, so erklärt die Bergarbeiterzeitung, die Pauli auf einen Posten gestellt habe, für den er absolut nicht geeignet war.

Wir wiesen gleich nach dem Unglück im Juni 1921 darauf hin, daß die Katastrophe auf Mont Cenis durch das auch im Bergbau und in der Grube Mont Cenis besonders kraß durchgeführte Antreiber-System hervorgerufen wurde. Bei Strafe des Verhungerns ist es den Bergarbeitern unmöglich, die Unfallverhütungsvorschriften, so wie es nötig ist, einzuhalten.

Nach dem Unglück wurde in unserer Presse hingewiesen, daß an einer Stelle Mont Cenis' das Metergeld

von 45 Mark auf 30 Mark und das Wagnisgeld von 7 Mark auf 4,50 Mark herabgesetzt wurde. Bei solchen Verhältnissen muß der Bergarbeiter mit Hade und Schippe wie ein Wilder arbeiten, ohne sich nach rechts und links umzusehen. Wo der dreimal gesteigerte Profit herausgeschunden werden muß, nimmt der Kapitalist keine Rücksicht auf Gesundheit und Leben der Arbeiter.

Bei der Untersuchung über die Ursachen des Grubenunglücks bekam die Grubenverwaltung recht, weil nur der unmittelbare Anlaß zur Explosion untersucht wurde. Die Schuldklärung der Grubenverwaltung geschah deshalb, weil nachgewiesen wurde, daß der betreffende Schießheuer ein verbotswidriges Sprengmittel benützt haben sollte.

Daß das Unglück eine so große Ausdehnung annehmen konnte, lag daran, daß die Veriefelung auf Mont Genis äußerst schlecht durchgeführt wurde. Durch den angehäuften Staub nahm die Wirkung bei der Explosion so große Formen an.

Was hat sich nun durch die Angaben des Vorsitzenden des Betriebsausschusses herausgestellt? Die Grubenverwaltung hat mit der gefährlichen Arbeit des Sprengens Leute beschäftigt, die absolut nicht die nötige Vorbildung hatten. Sie hat dies getan, um weniger Lohn zu zahlen und um durch unbedenkliche Wähler den Arbeitseifer der anderen Kameraden anzustacheln.

Je mehr gesprengt wird, um so größer ist der Profit. Angesichts dieser Tatsache muß noch einmal die strengste Untersuchung gefordert werden. Die Angaben über den Schießheuer Pauli, der auf Grund seiner Unkenntnis der richtigen Sprache die Sprengstoffe verwechselt hat, sind so wichtig, daß die Schuld der Grubenverwaltung einwandfrei ergeben ist.

Für die Grubenarbeiter und insbesondere für die Betriebsräte ergibt sich wieder einmal die zwingende Notwendigkeit, von den ihnen zustehenden Rechten, von der Kontrolle der Unfallverhütungsvorschriften rücksichtslos Gebrauch zu machen. Wenn ihre diesbezüglichen Vorstellungen bei den Grubenverwaltungen nichts helfen, dann müssen sie die Zustände auf ihren Arbeitsplätzen der Öffentlichkeit unterbreiten.

Die Bergarbeiter müssen aber auch gegen das Bestreben, erneut Ueberführungen zu leisten, und auf Umwegen die Achtstundenschicht wieder einzuführen, Front machen. Erhöhte Arbeitszeit, gekürzter Reallohn schwächen die Körper der Arbeiter und tragen dazu bei, die Grubenunfälle vermehrt herbeizuführen.

Der Kampf der Bergarbeiter muß noch immer gehen um die Erreichung der Sechstundenschicht.

Volkswirtschaftliche Übersicht.

Der Reichtum der Arbeiter und die Armut der Herzöge.

Unmöglich leben die Arbeiter in Deutschland so gut, daß ihnen noch eine Masse Geld für die direkten und indirekten Steuern verbleiben soll. Diese Steuern aber werden von der guten menschenfreundlichen Regierung für die Versorgung der Prinzen und Herzöge verbraucht, die so arm sind wie eine Kirchenmaus. Wie diese „Versorgung“ vor sich geht, zeigt ein Vertrag, der zwischen dem Freistaat Mecklenburg und der großherzoglichen Familie dertelbly abgeschlossen wurde. Ditem Vertrag zufolge erhalten die Mitglieder dieser bedauernswerten Familie außer einigen Gütern und Fidejussoren noch folgende Summe:

Frau Kronprinzessin Milha von Montenegro — 5 Millionen sowie 200 000 Mark Ulfonen. Die großherzoglichen Erben — 1 1/2 Millionen Mark, ferner die Rückzahlung der Steuern — 1 1/2 Millionen Mark, ferner Zinszahlung aus einem „Hauskapital“ — 427 000 Mark. Prinz Julian Ernst zur Lipe — Hofhaus Waldow, mit

einem Areal von 75 Morgen und Schulzensee. Die Frau Großherzogin Elisabeth erhält vom Staat eine lebenslängliche unentgeltliche Versorgung mit Elektrizität für ihren Schlossbezirk. Sonst erhält die hohe Familie außer einigen besonderen Rechten nichts.

Proletarier, das ist (neben den Ausgaben für die Sippe) die Verwendung eurer Hungerpfennige!

Der „Sozialismus“ der Rechtssozialisten.

Die Braunschweiger Landesversammlung verhandelte neulich über die neue Verfassung des Freistaates. Der Artikel 2 befragte, daß es die Aufgabe des Freistaates Braunschweig sein soll, durch Umgestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse alle Klassenunterschiede zu beseitigen, sowie, daß alle Einwohner und alle Staatsmittel diesem Zwecke zu dienen haben. Die Rechtssozialisten in Gemeinschaft mit den Bürgerlichen lehnten diesen Artikel für die Verfassung ab.

Diese Meldung, die wir dem Königsberger unabhängigen Blatt „Freiheit“ entnehmen, ist äußerst bezeichnend. Und zwar nicht nur deshalb, weil die rechtssozialistischen Führer damit noch einmal sich als Gegner der marxistischen Auffassung erwiesen haben. In der Schluß-Abstimmung über die Verfassung haben nämlich auch die Unabhängigen für die Verfassung gestimmt, trotzdem der Artikel 2 abgelehnt wurde. Uns erscheint die Entrüstung des unabhängigen Blattes über die „bewiesene Treulofigkeit“ der Rechtssozialisten deshalb reichlich naiv.

Der Parteitag der französischen Kommunisten und die verwüsteten Gebiete.

Aus Paris wird gemeldet: Der kommunistische Parteitag in Marseille hielt an seinem zweiten Tage seine Vollversammlung ab, sondern der Tag war Kommissionsberatungen gewidmet. Am wichtigsten war eine Konferenz der Vertreter der verwüsteten Gebiete, die unter dem Vorsitz von Ker stattfand. Es wurde das Reparationsproblem erörtert und die trübselige Lage, in der sich die Bevölkerung des verwüsteten nordfranzösischen Gebiets noch immer befindet. Mehrere Delegierte schilderten die Skandale des sogenannten Wiederaufbaus und die Profiteure, welche die Unternehmer dabei machen, während die zerstörten Wohnhäuser immer noch nicht wiederhergestellt sind!

Schupo gegen streikende Eisenbahner.

Elberfeld, 28. Dezember. Seit heut nachmittag ruht der gesamte Personen- und Güterverkehr. Die Züge werden in den Vorortbahnhöfen von Streikenden abgefangen und nicht weiter gelassen. Auch heute abend war der Verkehr noch nicht wieder hergestellt und es ist noch nicht voranzujagen, wann der Betrieb wieder durchgeführt werden kann. Schupo ist aufgegeben worden, um die Ordnung wieder herzustellen.

Der Eisenbahndirektionspräsident erläßt einen Aufruf, in dem er erklärt, die Arbeitseinstellungen, die sogar zu gewalttätigen Eingriffen in den Betrieb geführt haben, seien wilde Streiks, die mit allen Mitteln zu bekämpfen seien. Er erwartet, daß die Beamten in Gemeinschaft mit den arbeitswilligen Arbeitern alles aufbieten werden, um die eingetretenen Störungen zu beseitigen.

Die Geheimräte in der Eisenbahnverwaltung haben natürlich kein anderes Mittel die Forderungen der Eisenbahner zu bewilligen, als Schupo gegen sie anzubieten. Gröner rüht sie, indem er eine Generaldirektion gegen die andere auswirft. Die Gewerkschaftsteilung des DGB hat nicht den Mut, in geschlossenem Kampfe die Forderungen der Arbeiter durchzusetzen. Die Eisenbahner müßten verlangen, daß sich ihr Kampf nicht in einzelnen Teilstreiks zerstückelt. Die Macht eines Gröner und seine „Gefundungspläne“ werden nur verächtlich zum Ausdruck kommen.

Wirtschaftliche Übersicht.

Die amerikanische Krise.

Die „Industrie- und Handelszeitung“ bringt in einem Newyorker Bericht vom 10. Dezember genauere Angaben über die Entwicklung der Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Aus ihnen ergibt sich, die Wirtschaftskrise trotz einiger Besserungen im einzelnen noch ungeschwächt fortbauert.

Das auffälligste Zeichen für die Fortdauer der Krise ist der ständige Rückgang im Außenhandel. Der Rückgang in den ersten zehn Monaten 1921 betrug gegen das Vorjahr 2,63 Milliarden Dollar, der der Ausfuhr 2,93 Milliarden Dollar. Die Zahl der Arbeitslosen hat auch im November noch zugenommen. Die Abhebungen von den Sparkonten dauern fort. Die Bankrottstatistik zeigt weiter eine starke Zunahme.

Die Schwere der Wirtschaftsordnung zeigt sich weiter in dem billigen Geldstand. Der Zinsfuß sinkt und wird voraussichtlich im Januar noch weiter erniedrigt werden. Infolge des Rückganges der Profitrate für die Industrie wendet sich das Geldkapital, genau so wie in England, von der Anlage in der Industrie ab, und sucht Anlage in festverzinslichen Obligationen, weil diese heute eine höhere Rente abwerfen als Industriepapiere.

Eine gewisse Besserung zeigt sich in der Roheisenproduktion. Die Stahlherstellung erreichte im November eine Höhe von 1,4 Millionen Tonnen gegen 1,2 Millionen im Oktober. 24 neue Hochofen wurden angeblasen; am 1. Dezember waren 120 im Betrieb. Trotzdem arbeitet z. B. die U. S. Steel Corporation nur zu etwas über 50 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit.

In der Textil- und Schuhindustrie wird voll gearbeitet, obwohl z. B. die Ausfuhr für Männerschuhe in den ersten zehn Monaten um 1 1/2 Millionen Paare gegen die gleiche Zeit des Vorjahres, die für Frauenschuhe sogar auf ein Drittel gefallen ist. Petroleum-, Weizen-, Mais-, Kupfer-, Seiden- und Gummipreise steigen langsam, der Baumwollpreis bleibt im ganzen stabil.

Die Ursache dieser kleinen Besserung ist die Steigerung des Inlandsbedarfs nach dem Verbrauch der vorhandenen Vorräte. Dieser Inlandsbedarf aber, so groß er ist, reicht, wie schon der Beschäftigungsgrad der Stahlindustrie ergibt, bei weitem nicht aus, für die Absatzbedingungen der im Kriege gewaltig gestiegenen Produktionsmöglichkeiten der amerikanischen Industrie. Der Rückgang des europäischen Kapitalismus verglichen mit dem amerikanischen, der Zerfall insbesondere des deutschen Kapitals mit seinen Begleiterscheinungen der Geldentwertung und des Bankrottums wird mehr und mehr zum Hemmnis einer Ueberwindung der amerikanischen Wirtschaftskrise.

Schlesische Rundschau.

Ein Stück Mittelalter im Oberrhein-Deutschland.

Aus Landeshut wird uns geschrieben: In Grüssen, Kr. Landeshut, befindet sich ein Kloster. Grund und Boden gehört seit Jahrzehnten der deutschen Regierung. Die Gebäulichkeiten wurden in gutem Zustande erhalten, doch blieb der größte Teil der Räume — wohl 500 an der Zahl — darunter schöne Säle von etwa 120 Quadratmeter Bodenfläche, vollständig unbenutzt. Die im Konvent untergebrachte Gemeindeschule, die Grauen Schwestern und zwei Lehrerfamilien nahmen nur einen ganz geringen Teil dieses kolossalen Gebäudes in Anspruch. Kein Mensch — ob er nun Freigeist oder Anhänger einer beliebigen Konfession ist — wird bestreiten, daß das Kloster ungeheuer wertvoll und sehenswert ist. Unter der wilhelminischen Regierung war es den Skutenträgern nicht möglich, sich in

WIRBELSTURM.

ROMAN VON ANDOR NAGY.

AUS DEM UNGARISCHEN MANUSKRIFT UEBERTRAGEN VON STE HAN J. KLEIN

(Nachdruck verboten)

„Boza, Mutter?“

„Er kennt das Gebet.“

Lola strahlte vor sich hin, mit ernsten und düstern Zügen.

„Wir brauchen“ — entgegnete sie — „keines Menschen Gebet. Wer hat hier noch Anrecht auf ein Gebet?“

„Sie haben recht“ — rief die alte Frau. Sie begab sich ins Haus. Was gab ihnen noch die Kraft, wer vermochte es zu tragen? Sie hob den schweren Saug, die beiden schwachen Frauen. Tragen ihn gekümmert, vornübergebeugt, dem Zusammenbrechen nahe, mit fast reißenden Sehnen — was sie taten, war schier ungläublich.

Es war bereits Abend. Sie standen am Saum des Grabes, einen Strauß in der Hand. Ihre hundertjährigen Gesichter zeigten sich immer noch im weichen Himmel ab. Sie sprachen leiseres Gebet. Aber wie sie dort standen, und die Erdhüllen hinabwarfen, dies war schmerzlicher, geheimnisvoller und trauriger, denn jedes Gebet.

Da sich der Grabhügel wölbte, knieten Lolas Arme ein. Sie weinte nicht, ließ kein Wort der Klage aus, laut blieb mit den wunden Armen in die weiche Erde und schaute schwer gequält zum Himmel auf.

Dann, nach geräuscher Weile, erhob sie sich. Seltsam und beständet blühte sie sich im dunklen Park aus, als erwachte sie aus einem Traum.

„Wer seid Ihr denn?“ — fragte sie Maria. — „Beihalb habt Ihr mir eigentlich bei all diesem geholfen?“

„Ich bin ein altes Weib, meine Seele. Eine einsame, alte Bauerntochter.“ — sprach sie sehr leise, ergüß Lolas

Hände und hob sie an ihre zitternden Lippen. Mit erschütterter Wut sprach nun Lola:

„Jetzt gehen wir von hier fort. Auch Ihr kommt mit. Jetzt, sofort!“

Sie klammerten sich einander, haften schier laufend durch die leeren Räume des unbewohnten Kastells. Rasteten erliche Kleidungsstücke zusammen und rannten schreckhaft durch das offene Tor.

Der wunderliche Bauer stand dort mit seinem wackeligen Bogen.

„Ich wollte, daß Sie mich brauchen werden.“ — rief er mit einem schneidenden Klaffen.

Er grüßte geblönd:

„Belieben Sie einzustreichen!“

Winter Lola drante des gehängten Mannes verlassenes Haus. Niemand begleitete sie, bloß der wunderliche Bauer und die alte Magd, die niemand hatte.

Zu war noch immer mit ausländischen Offizieren besetzt. Gegenwärtig war sie die Behörde eines englischen Colonels. Und sie war berühmt und einflussreich. Die Zeit der Verderbten und Abenteuerer stand in voller Blüte. Diese Kriegsvorgänger bewachteten sich des ohnmächtigen Landes. Kolonien, chloste und reichte Pöhlster, verdienstlose Offiziere schmarrten und tobten. Die Redlichen, die Schwachen, die Schwärmer und die Schloßen schwächelten in Kerkern und Internierungslagern, hielten unter Degenhänden, oder ihr Blut floß auf den Straßen. Niemand erhob sich zu ihrem Schutz. Die Vertreter der fremden Mächte, die in dieses angesehene Land geschickt worden waren, um Anspuklichkeit zu bringen, waren Soldaten. Tugendliche Soldaten, nach einem zum Ueberdruß angelebten Krieg, in den Tausen das wertvolle Geld reicher Länder, für das man alles lassen konnte. Und in diesem verlotterten Land war jede Berührung frei. Daheim waren sie von der Moral und der Geselligkeit ihres Landes in strenge Formen gezwängt worden, hier konnten sie nun allen unterdrückten Leidenschaften freien Lauf

gewähren. Es fiel ihnen wahrlich nicht ein, sich dieses herrliche Leben zu verderben. Auch Fisis Freund, der englische Colonel, schickte in seine Heimat beruhigende Meldungen über die im Lande herrschende Ordnung, schloß, inzwischen mit Ministern und Offizieren einträgliche Geschäfte ab. Auch die vornehmste Bar der Stadt war sein Unternehmen, er zeigte sich hier mit seiner Geliebten und legte große Gelder in die Tasche.

Der Colonel sah mit seiner Freundin auch an dem Abend hier, da Manzi an dem Tisch Platz nahm. Dieser Frau ging es nun gut: Polby war über Nacht ein wütender Raghare und großer Christ geworden, forderte täglich in brüllenden Artikeln den Tod der Juden und anderer Rationalschädlinge, erhielt für diese seine Dienste im Ministerrätdium eine hohe Stelle und füllte sich mit beiden Händen die leeren Taschen. Manzi trug kostbare Toiletten, und an der werten Brust ein großes, goldenes Kreuz.

„Denk dir nur, mein Herz,“ — erzählte sie, die Augen verdrehend — „hab ich es nicht prophezeit? Was für ein dummes Ende hat doch diese unglückliche Lola genommen!“

„Erzähl doch!“ — bat Fisi neugierig, denn sie war von Lola in der Vergangenheit stets in den Hintergrund gedrängt worden.

„Weißt du, sie hat ein ganz dummes Ende genommen. Ich komme gerade von dort. Brr ... sie ist so häßlich gestorben“ — erzählte sie schauernd — „sah ganz wie eine verrottete Fledermaus aus!“

„Was geschah mit ihr?“ — fragte Fisi, mit der erregten Verblüffung jener, die um ihren Körper hangen.

„Man konnte es ja im Voraus wissen ... Es war die größte Dummheit, was sie tat! Du weißt ja, wie hartnäckig und entschlossen sie in allem war, daß sie in die Hand nahm. Nun setzte sie sich in den Kopf, — siehst du, wir glaubten stets, sie sei klug, aber sie war trotzdem unglücklich dumm — sie setzte sich in den Kopf, sie mußte den unglücklichen Abel rächen.“ (Fortsetzung folgt)

Grüßau erneut festzusetzen. Die Ebert-Republik jedoch nimmt diese schwarzen Vögel — die nicht säen, dafür aber um so reichlicher ernten und die durch die Revolutionswelle aus Prag weggespült worden sind — gern und gastlich auf. Erst kamen 5, jetzt sind bereits 24 Mönche im Grüßauer Kloster. Nachdem sie sich zuerst im Landeshuter Kreise umgesehen hatten, durchzogen sie jetzt ganz Schlesien. Mit dem Essen wächst der Appetit, so geht es auch den Benediktinern. Jetzt wollen sie sich das ganze Kloster aneignen. Das Kultus- und Landwirtschaftsministerium haben dem Verkauf auch bereits zugestimmt. Momentan schweben Verhandlungen über die Abfindungssumme und die anderweitige Unterbringung der Schule und Lehrerfamilien. Mag die Kaufsumme dieses Milliardenobjektes auch noch so hoch sein, sicher ist, daß sie von den Mönchen nicht aufgebracht wird. Wenn diese Brüder in Christo auch nicht mehr wie früher mit Mord, Testamentsfälschung, Ablass usw. arbeiten, so verstehen sie es doch ausgezeichnet, auf Kosten ihrer Mitmenschen zu leben.

Wir Steuerzahler haben ein berechtigtes Interesse daran, in diese sehr dunkle, ganz ans Mittelalter erinnernde Angelegenheit hineinzuleuchten. Es wird immer betont, daß Deutschland so entsetzlich arm sei. Warum werden dann Staatsgüter so verschleudert? Das Kloster würde sich vorzüglich eignen zur Einrichtung von Bildungsanstalten. Auch als Erholungsheime für ausgemergelte und kranke Proleten sowie als Waisenhaus oder Kinderheim würden sich die Gebäulichkeiten vorzüglich eignen.

In Sowjet-Rußland sind diese Klöster längst in gemeinnützige Anstalten umgewandelt worden, im „demokratischen“ Deutschland überläßt man diese Anstalten den Schwarzen, die zwar keine produktive Tätigkeit leisten, dafür aber an Volksverdummung das menschenmöglichste leisten. Es ist Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft, gegen eine derartige Verschleuderung von Staatsgütern ganz nachdrücklich Stellung zu nehmen.

Landarbeiterkonferenz in Liegnitz.

Im Dezember fand im „Volkshaus“ in Liegnitz eine interparteiliche Landarbeiterkonferenz statt.

Unser Landsekretär referierte über die Aufgaben der Landarbeiter. Er gab zuerst einen Überblick über die Entwicklung des D. L. B. und stellte dabei fest, daß die in dem letzten Jahre stark in Erscheinung tretende Austrittsbewegung auf das Konto der tendenzlos gewerkschaftsstatistischer D. L. B.-Bürokratie zu setzen ist. Deutlich zeigte sich diese falsche Einstellung der Führer des D. L. B. bei dem kürzlich in Schlesien ausgebrochenen Landarbeiterstreik. Der Referent zeigte den Anwesenden, daß mit dem Austritt aus dem Verband weder ihnen noch der gesamten Arbeiterbewegung gedient ist. Vielmehr gilt es, sämtliche Landarbeiter für den Verband zu gewinnen und diesen zu einem revolutionären Kampfinstrument zu machen. Ferner müsse unter allen Umständen darauf gedrungen werden, daß die Landarbeiter in den Gewerkschaftskartellen vertreten sind, um so Industrie- und Landarbeiter in eine gemeinsame Front zu bringen.

Einer wohlverdienten Kritik unterzog der Referent die Haltung des Vorsitzenden des D. L. B., Schmidt. Der lebhafteste Beifall bewies, wie auch die nachfolgende Diskussion, daß die Landarbeiter mit den Ausführungen einverstanden waren und sühngemäß handeln werden.

Der anwesende Kreisleiter des D. L. B., Marschall, versuchte die Führer des D. L. B. herauszutreiben. Doch vergeblich. Die Kongreßteilnehmer, welche zu einem beträchtlichen Teil aus SPD-Leuten bestanden, hatten erkannt, wohin der Hase läuft und gaben ihm die geübte Antwort.

Zum zweiten Punkt: Aufgaben des Proletariats, referierte Genosse Delsner. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand der Kampf um die Erfassung der Sachwerte. In der darauffolgenden Diskussion legte sich der Jugendgenosse Ledtke besonders für die Landarbeiterjugend ins Zeug. Folgende von ihm vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 18. Dezember 1921 im „Volkshaus“ in Liegnitz stattgefundene Landkonferenz hat Kenntnis genommen von der Notlage der Landarbeiterjugend. Sie wird alles versuchen, um die Landarbeiterjugend in der Organisation zusammenzufassen, damit sie nicht weiter Lohnrücker gegenüber ihren älteren Kollegen werden; damit sie nicht bei evtl. Kämpfen ihren Klassen Genossen in den Rücken fallen. Arbeiterpresse und Jugendbeilagen haben alles zu tun, um die Landarbeiterjugend aufzuklären. Der Landarbeiterjugend rufen wir zu: Schließt Euch zusammen mit dem städtischen Jungproletariat! Bildet die Einheitsfront des Jungproletariats! Auf, ihr jungen und alten Proletarier, an die Arbeit für die soziale Revolution!

Landfraktion der R. F. D., Bezirk Schlesien.

Nachdem Genosse Trogisch noch kurz über die Kleinbauernbewegung gesprochen hatte, wurde zum Schluß eine Zellerksamlung für die im letzten Streik gemäßigtesten Landarbeiter veranstaltet, welche den Betrag von 60 Mk. ergab.

Mit neuer Kraft werden die Konferenzteilnehmer an die Organisation des Landproletariats gehen, um den kommenden Kämpfen ein einheitliches Gepräge geben zu können.

Neu-Salzbrenn.

Helft Sowjet-Rußland!

Genossen, Genossinnen, Sympathisierende, Arbeiter von Neu-Salzbrenn! Das Fest der Liebe ist vorüber. Ihr habt Euren Angehörigen eine Freude bereitet, das heißt vielen wird es vielleicht nicht vergönnt gewesen sein, nur das Notdürftigste zu kaufen. Wenn wir uns nun unser Fest besehen, so dürfen wir dabei als christliche Proletarier nicht das mit dem Hungerkriege ringende Proletariat Rußlands an der Wolga und anderen Hungergebieten vergessen. Ihr habt die Aufrufe der verschiedenen Hilfskomitees gelesen. Ihr wißt, daß dort tausende gegen den Hunger kämpfen. Habt Ihr schon Euer Scherlein, Eure Gabe für die hungernden Kinder, für Eure proletarischen Brüder und Schwestern gespendet? Wir haben deshalb beschlossen, in dieser Woche für unsere

Klassen-Genossen eine Sammlung zu veranstalten. Wenn Euch unsere Genossen besuchen und um eine Gabe bitten, so denkt daran, daß es für das proletarische Rußland bestimmt ist. Ferner beabsichtigen wir, eine Kiste, mit Kleidungsstücken, haltbaren Lebensmitteln usw. ausgestattet, als Weihnachtsgabe der hiesigen Ortsgruppe an das Hilfskomitee für Rußland abzuführen. Nun, Arbeiter und Genossen, unterstützt uns in unserem Vorhaben. Seht in Euren Kleidern und Schuhen nach, ob nichts übrig wäre. Wenn es auch reparaturbedürftig ist, es wird ausgebessert. Gedent der hungernden und frierenden Arbeiter in Rußland. Helft Ihr Rußland, so helft Ihr Euch selbst. Auf, ans Werk! Zeigt Solidarität! Spenden und Gaben nehmen entgegen die Genossen Bogt, Neu-Salzbrenn 65, Senden, Neu-Salzbrenn 50, Kühnel, Neu-Salzbrenn 61, sowie sämtliche Partei-Funktionäre. Ueber die eingelaufenen Sachen wird öffentlich quittiert. Und Ihr Funktionäre, sammelt und vertreibt Rußlandmarken! Orts-Hilfskomitee für Rußland. R.F.D. Ortsgruppe Neu-Salzbrenn.

Aus der Partei.

Zur Lage in der Partei.

Resolutionen und Pressestimmen.

In der letzten Zeit fanden im Reich zahlreiche Parteiverfassungen statt, die sich mit dem Vorgehen des Gen. Friedland und der Taktik der Partei beschäftigten. Die überwiegende Mehrheit der Parteigenossen im Reich sprach sich für die bisherige Linie in der Parteiführung und gegen jeglichen Versuch der Parteizersplitterung aus.

Jeder pflichtbewußte Kommunist

nützt die letzte Woche im Jahr aus zu erhöhter Agitation für unsere heiligen Menschheitsideale. Jeder Genosse, jede Genossin bemüht sich in diesen Tagen mindestens einen neuen Leser für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ oder ein weiteres Mitglied für die Partei zu gewinnen. Gleichzeitig betätigt man sich rege an der Sammelaktion für unsere bitter notleidenden russischen Brüder und Schwestern, sowie an der Stärkung des Fonds der „Roten Hilfe“ Dieses ist unsere vornehmste Aufgabe!



So hat die Bezirksleitung Westfalens einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Die Zentrale der SPD hat seit dem Jenaer Parteitag die Parteikonsequenz im Sinne der Beschlüsse des dritten Weltkongresses geführt. Weder die Enthüllungen des „Vorwärts“, noch die Angriffe der KPD haben vermocht, das Vertrauen der revolutionären Arbeiter in der kommunistischen Partei zu erschüttern. Die SPD ist auf dem besten Wege, durch ihre Haltung im Steuerkampf gegen die Stinnesregierung und für die revolutionäre Einheitsfront auch die schwankenden Elemente innerhalb der Arbeiterschaft von ihrer antirevolutionären Bindung zu lösen. Die Zentrale der Partei hat deshalb recht gehandelt, daß sie keine persönlichen Folgerungen aus den „Vorwärts“-Enthüllungen gezogen hat.“

Auch die Funktionär-Versammlung unserer Parteiorganisation in Halle beschäftigte sich mit der Parteilage. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Funktionäre anerkennen, daß die Parteizentrale dauernd bemüht gewesen ist, begangene Fehler auszumergen und Organisation und Taktik auf der Linie der Beschlüsse von Moskau und Jena den Bedürfnissen des proletarischen Klassen- und Massenkampfes anzupassen. Die Halleischen Funktionäre sprachen der gegenwärtigen Parteizentrale ihr Vertrauen aus.

In Hamburg stellten die Bezirkszentrale Wasserkrante der SPD, sowie die Redaktion der „Hamburger Volkszeitung“ fest, daß „das Herumreisen im Lande und Sammeln von Unterschriften für die Erklärung der Gruppe Friesland gleichbedeutend mit der Organisation der Opposition ist und damit einen schweren Verstoß gegen die in Jena beschlossene eiserne Kampfdisziplin darstellt“. Es wird dann in der Resolution weiter festgestellt, daß Veröffentlichungen der Gruppe Friesland eher in der menschewistischen als in der eigenen Parteipresse erscheinen sind und daß der Schritt Frieslands und Genossen einen unverantwortlichen Verstoß nicht nur gegen die eigene Partei, sondern auch gegen die werdende proletarische Einheitsfront bedeutet. Schließlich wird das Vorgehen der Gruppe Friesland mit Lewis Borgehen gleichgestellt und die unverzügliche Einberufung des Zentralkomitees zur schnellsten Regelung der die Partei bewegenden Fragen gefordert.

Im gleichen Sinne sprach sich der erweiterte Ausschuß des Bezirks Württemberg aus, dessen Mitglieder sich auf das ganze Land verteilen. Nach Beurteilung des

Vorgehens der KPD, und des Genossen Frieslands wurde die sofortige Einberufung des Zentralkomitees gefordert zu dem Zweck, diesem Treiben ein Ende zu machen und für die praktische Politik der Partei konsequent die Linie im Sinne des dritten Weltkongresses und der Statute des ZKS festzulegen.

Im „Ruhr Echo“ wird der Rücktritt von Genossen aus der Zentrale für taktisch falsch gehalten, weil dieser Rücktritt Verwirrung statt Klärung verursachen würde. Der notwendige Klärungsprozeß könne sich nur theoretisch und praktisch in gemeinsamer Arbeit auf politischem Gebiet vollziehen. Aber nicht durch Aufrufe, Broschüren, Unterschriftensammlungen einzelner Genossen, die nicht einmal soviel Disziplin aufbringen, wie sie in der SPD üblich ist. Gewollt oder ungewollt wirke diese Vorgehen parteizersplitternd.

Die Partei-, Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre der SPD, sowie viele Mitgliederversammlungen haben ähnliche Entschließungen gefaßt. Das „Norddeutsche Echo“ in Bremen stellt eine Resolution zur Diskussion und erklärt, der Genesungsprozeß in der Partei und der gesamten Arbeiterschaft werde fortschreiten, wenn die Partei eine klare, ihrer kommunistischen Grundanschauung und der Arbeiterschaft gegenüber verantwortliche Politik treibt. Die schlesische Bezirksleitung sprach der Parteizentrale ihr Vertrauen aus und berief eine Parteikonferenz zum 8. Januar 1922 in Niedersalzbrenn ein, um den Willen der Mitglieder zum Ausdruck zu bringen.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ wendet sich gegen Braß-Friesland-Malzahn und schließt mit folgenden Worten:

„Die Partei hat ihr Urteil über die KPD bereits gefällt. Sie wird auch mit diesem neuen Apostelbrief fertig werden.“

Die Bezirksleitung der SPD, Ostpreußens hat nach ausgiebiger Aussprache einstimmig einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt:

„Es ist mit den Pflichten eines Parteimitgliedes unvereinbar, politische und organisatorische Verbindungen mit der kommunistischen Arbeiterschaft zu unterhalten. Die Bezirksleitung fordert die Anhänger der Opposition nochmals auf, an der Parteiarbeit teilzunehmen, und ihre freie Meinung innerhalb der Partei zu äußern.“

Auch dieser Beschluß zeigt aufs deutlichste, daß alle Versuche, Zerziehung in die Reihen der Partei zu tragen, an der Geschlossenheit der kommunistischen Organisationen scheitern werden.

Eine Versammlung der Vertrauensleute und Parteifunktionäre der SPD, Stuttgart erklärte sich nach einem Referat des Genossen Walcher mit den Beschlüssen des Bezirksausschusses für Württemberg (vergl. oben) einverstanden und betrachtet die Durchführung des Steuerkampfes und der Beschlüsse der letzten Zentralkomiteesitzung als die wichtigste Aufgabe der Partei.

Sie sind wie die Genossen allerwärts gewillt, entschlossen einzutreten für die feste Geschlossenheit der Partei und werden mit Energie allen Zerziehungsercheinungen ganz gleich von welcher Seite sie kommen, entgegenwirken.

Gewerkschaftsbewegung.

Berichtende Niederlage der Christlichen.

Die Betriebsratswahlen beim Reichspostdirektorium haben einen starken Vormarsch der freien Gewerkschaften gebracht. Von 65 550 Stimmen wurden 57 624 Stimmen für die freien Gewerkschaften abgegeben. Die Christen haben damit von 17 Sitzen im Zentralbetriebsrat nur einen Sitz behalten können.

Zum Textilarbeiterstreik in Niederschlesien.

Auf der Haupt-Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes in Breslau sagte der Vorsitzende Frenkhal, daß die Textilarbeiter im frühen Herbst in einheitlicher Front in eine allgemeine Lohnbewegung eintreten müßten. Die steigende Verelendung der Arbeiter werde sie hierzu zwingen. — Die Verelendung des Proletariats hat riesenhafte Auswirkungen angenommen, und nicht zuletzt das Textilproletariat ist davon betroffen. Der Textilarbeiter-Verband hat sich aber nicht aufraffen können zu einem einheitlichen, geschlossenen Kampf gegen die Textilbarone, trotzdem die Voraussetzung, auch vom Standpunkt der Gewerkschaftler, die „gute Konjunktur“, gegeben war. Die ganze Tätigkeit der Gewerkschaftsleitung beschränkte sich darauf, auf dem Wege der Arbeitsgemeinschaft im Verhältnis zur Forderung geringe Lohnerhöhungen durchzusetzen. Hier und da wurde auch mal ein kleiner Streik genehmigt.

Jetzt hat die Hochkonjunktur für Textilwaren etwas nachgelassen. Einestheils, weil die Kapitalisten für ihre gehamsterten Devisen keine Rohstoffe aufkaufen, sondern mit dem Geld im Auslande spekulieren. Andernteils, weil der Auslandsmarkt schon wieder ziemlich vollgestopft ist mit billigen deutschen „Ausverkaufswaren“. Außerdem trägt das Steigen der Mark dazu bei, das Interesse der Kapitalisten an Auslandsgeeschäften zu vermindern.

Diese Situation benützen die Unternehmer, um einer Forderung der Textilarbeiter zuvorzukommen und gehen ihrerseits zum Angriff über. Im Bisteggersdorfer Bezirk ist der größte Teil der Textilarbeiter ausgesperrt. Die Unternehmer im Reichsbader, im Langenbielauer und Schweidnitzer Bezirk haben durch Massenklagen die Aussperrung für den 1. Januar angekündigt. Da endlich die Verbandsleitung eintritt, daß nur rücksichtsloser Kampf gegen die Unternehmern hilft, haben sie die Massenklagen mit sofortigem Streik beantwortet.

Die bürgerliche Presse schreibt über die Aussperrung im Gulgenburger: Die schwarze... die in der Textilindustrie des Gulgenburger...

zeigt ihre weittragende Auswirkung durch die nunmehr in Kraft getretene gewaltige Arbeiterausperrung, die der Verband der Textilindustriellen über die gesamte Textilarbeiterschaft des Industriebezirks verfügt hat und die teilweise bereits in den Weihnachtstagen in Erscheinung trat, am Tage nach Neujahr aber vollendet sein wird. An diesem Tage stehen sämtliche Textilbetriebe im Gegendebirge bis hinein in das Waldenburger und Glager Bergland still, und gegen 20 000 Textilarbeiter im Gegendebirge und in der Grafschaft Glatz müssen feiern. Die Organe der Arbeiterschaft kündigen an, daß sich damit ein gigantischer Kampf zwischen Arbeit und Kapital entwickeln wird. In verschiedenen Fabriken ist die Ueberreichung der Massenkündigung durch die Arbeitgeberorganisation von seiten der Belegschaft damit beantwortet worden, daß die Arbeiter nicht erst den für den letzten Weihnachtstag und den 2. Januar geltenden Kündigungstermin abwarten, sondern ebenfalls sofort die Arbeit einstellen, sich also dem bereits aufgenommenen Streik in der Langenbielauer Großbetriebe und in Wüstegiersdorf und Tannhausen anschließen. Aus Wüstegiersdorf wird gemeldet, daß dort, nachdem in den großen Textilbetrieben bisher voll weitergearbeitet wurde, während in Wüstegiersdorf und Tannhausen die Belegschaften bereits streikten, ebenfalls die sofortige Arbeitsniederlegung und der Anschluß an den Streik beschlossen wurde.

Aus Schweidnitz wird berichtet, daß auch dort den im Stadtgebiet tätigen Textilarbeitern die Massenkündigung überreicht wurde.

Raum ist der Kampf der Textilarbeiter entbrannt, so zeigt sich schon, daß die Organe der Republik, Landjäger und Gips, noch immer glauben, nur für den Schutz der Kapuskien da zu sein. Die Arbeiter werden diesen Kampf, in den zehntausende hereingezogen werden, mit größter Furchtlosigkeit, aber doch mit eiserner Disziplin bis zum siegreichen Ende führen.

Keine Spaltung der französischen Gewerkschaften.

Aus Paris wird gemeldet: Am 23. und 24. Dezember fand in Paris der Außerordentliche Gewerkschaftskongreß Frankreichs statt, den der linke Flügel der Gewerkschaftler bernien hatte. Der Kongreß war ein voller Erfolg für die revolutionäre Sache. Es waren auf dem Kongreß 1528 gewerkschaftliche Einzelorganisationen vertreten, d. h. bei weitem die Mehrheit aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Frankreichs. Der Kongreß hat noch einmal den Willen der französischen Arbeiterschaft kundgetan, die Zerreißung der Gewerkschaften zu verhindern. Bisher gehörten die linksstehenden gewerkschaftlichen Organisationen Frankreichs als solche den sogenannten „Revolutionären Gewerkschaftskomitees“ an. Diese Tatsache nahm die rechtsstehende Gewerkschaftsbürokratie zum Anlaß, um den linken Elementen die Zerreißung der Gewerkschaftseinheit und die Bildung einer Gegenorganisation innerhalb des Gewerkschaftsbundes vorzuwerfen. Um den Reformisten jeden Versuch zu nehmen, haben nun die auf revolutionärem Boden stehenden Gewerkschaftsorganisationen ihren Austritt aus den Revolutionären Gewerkschaftskomitees erklärt. Der Einheitskongreß schied eine Deputation zu dem Sitz des französischen Gewerkschaftsbundes in Paris, um neue Verhandlungen anzuknüpfen. Die Bürokraten des Gewerkschaftsbundes haben aber diese Deputation, hinter der die Mehrheit der französischen Gewerkschaftsmitglieder stand, höhnisch abgewiesen. Die Bürokraten erklären, daß sie mit einem derartigen „wilden“ Kongreß nichts zu tun hätten, und alle Gewerkschaftsorganisationen, die sich an diesem Kongreß beteiligten, seien damit aus dem französischen Gewerkschaftsbund ausgeschlossen. Als der schamlose Bescheid der Bürokraten auf dem Kongreß bekannt wurde, erhoben sich die Delegierten einmütig und langten die Internationale.

Die Beschlüsse des Kongresses zeigen noch einmal eine außerordentliche Klarsicht. Nochmals wird der Vorstand des französischen Gewerkschaftsbundes aufgefordert, ordnungsgemäß einen Gewerkschaftskongreß zu berufen, der zu den Ausschüssen Stellung nehmen soll. Kommt der jetzige Vorstand des Gewerkschaftsbundes bis zum 31. Januar 1922 dieser Forderung nicht nach, so wird die Geschäftsführende Kommission, die der Pariser Kongreß aus seiner Mitte wählte, selbst diesen neuen Kongreß berufen. Auf diesem neuen Kongreß wird dann die bisherige Leitung des Gewerkschaftsbundes abgesetzt werden. Trotz aller Intrigen der reformistischen Bürokratie wird der französische Gewerkschaftsbund als Organisation der großen Mehrheit der Massenbewußten Arbeiter des Landes fortbestehen. Die Antierdamer Bürokraten, die unbedingt die Spaltung wollen, werden mit dem Säulen ihrer Anhänger allein bleiben.

Wieder ein Erfolg der SPD.

Aus Freiburg wird uns geschrieben: Die „Schlesische Bergwacht“ klagt im Bericht über die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes über die Disziplinlosigkeit der eigenen Genossen, weil bei der Ortsverwaltung Freiburg des Metallarbeiterverbandes von den 7 Vorstandsposten nur einer der SPD., sechs jedoch uns Kommunisten zufielen. Etwas ähnliches wäre beinahe passiert in der Generalversammlung des Konsumvereins. Jetzt sind nun die Wahlen zum Kartell von Katten gegangen und was mußten hier die Genossen der SPD. erleben? Von den 11 Mandaten erhielt die SPD. sage und schreibe eins; also auch hieran kann man sehen, daß es mit der Arbeit der Kommunisten nicht ganz so aussieht, als wie es die „Schlesische Bergwacht“ immer darstellt. Vielen alten Genossen der SPD. hängt die Kommunistenhege der „Bergwacht“ zum Halbe heraus, es sind nicht wenige, die mit der Schreibweise ihrer eigenen Zeitung nicht zufrieden sind. Sie wollen mit den kommunistischen Arbeitskollegen zusammenarbeiten, die Einheitsfront bilden und nicht den Bruderkampf künstlich genährt wissen.

Genau so sind die Kollegen der SPD. gegen den Beschluß der Waldenburger Kreisleitung, der dahin lautet, daß die Mitglieder der SPD. es vermeiden sollen, mit Kommunisten in öffentlichen Ämtern zusammen zu arbeiten. Kollegen, findet den Mut und sagt, den Schreibern dieses Aufrufes, daß dies ohne Euer Wissen gemacht worden ist, daß man zum mindesten Euch erst hören muß, ehe ein solcher Beschluß gefaßt wird.

Wir wollen im neuen Jahre unsere Arbeit gemeinsam verrichten, um der kommenden schweren Zeit für die Arbeiterschaft gewappnet gegenüber zu stehen.

Sofales.

Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues.

Wir bringen heute den zweiten Artikel vom Presserat des Magistrats über die Wohnungsbauförderung. Sie wir bereits in Nr. 292 der „Schles. Arbeiterzeitung“ mitteilen, werden wir nach Schluß der Artikelserie dazu Stellung nehmen. Die Red.

2. Behebung der Bautätigkeit und Mietpreis.

Die wirklame Behebung der Neubautätigkeit ist bisher an dem Mißverhältnis zwischen Baukosten und Mieten gescheitert. Solange die Mieten die Verrentung der Bauaufwendungen unmöglich machen, muß die Bautätigkeit auf privatrechtlicher Grundlage gelähmt bleiben. Die bisher von den Behörden ergriffenen Maßnahmen zur Behebung der Neubautätigkeit, die in der Genöderung von Baukostenzuschüssen bestanden, konnten nur bescheidene Erfolge aufweisen, weil die künstlich niedrig gehaltenen Mieten einerseits, die ständig und oft sprunghaft gestiegenen Baukosten andererseits, so hohe Zuschußbeträge im Einzelfall notwendig machten, daß mit den ohnehin nicht sehr umfangreichen Mitteln nur eine sehr geringe Anzahl von Wohnungen hergestellt werden konnte.

Unbedenklich war die Baukostenzuschußwirtschaft solange, als man nur mit einem vorübergehenden Sinken des Geldwertes rechnen zu brauchen glaubte. Heute kann es keinem Zweifel unterliegen, daß selbst bei günstiger Entwicklung unserer Wirtschaft auf viele Jahrzehnte hinaus eine außerordentliche Geldentwertung bestehen bleiben wird. Will man daher nicht die Zuschüsse auf alle Zeiten bereuigen oder die Bautätigkeit einstellen, so wird man darauf hinwirken müssen, daß sich schrittweise auch die Wohnungsmieten, wie die Preise für alle anderen Gebrauchsgüter, der Geldentwertung anpassen, damit allmählich der Unterschied zwischen Baukosten und Mietpreisen beseitigt, eine ansehnliche Rente gesichert und einer umfänglichen Bautätigkeit auf wirtschaftlicher Grundlage die Bahn frei gemacht wird. Auf allen Wirtschaftsgebieten ist das Hauptziel der Umstellung der Kriegs- in Friedenswirtschaft die Produktionsförderung gewesen und muß es sein. Das gleiche gilt auch vom Wohnungswesen: Nur die Förderung der Wohnungsproduktion kann zu einer Beseitigung der Wohnungsnot führen. Das Mißverhältnis der Mietpreise zu dem geringen Geldwert und zu den Preisen für andere Bedarfsgüter, deren Preise sich der Geldentwertung anpassen haben, führt unerbittlich zu einer Dämpfung der Wohnungsproduktion. Will man aber die Verteilung von neuen Wohnungen allmählich wieder in vollen Gang bringen, so muß jeder Versuch, den Ausgleich der Mietpreise für alte und neue Wohnungen zu verhindern, von vornherein zum Scheitern verurteilt sein. Umgekehrt eröffnet aber die Herbeiführung eines solchen Ausgleiches die Aussicht, der Wohnungsnot in wirklich erheblichem Maße Herr werden zu können. Das Streben muß also so eingestellt werden, daß das Schicksal allmählich aus der Zukunftswirtschaft heraus in das freie Jahrwasser einer gesunden, sich selbst tragenden Bauwirtschaft gelangt.

Und wie sieht es mit dem Mietpreis überhaupt? Ist eine Einanpassung wirklich so etwas Ungeheuerliches, wie es von zahlreichen Besitzern einer Wohnung dargestellt wird? Von insgesamt 117 442 Wohnungen in Breslau betrug die Jahresmiete vor dem Kriege bei 24 Wohnungen nicht mehr als 50 Mark, bei 3846 Wohnungen nicht mehr als 100 Mark, bei 11 418 Wohnungen nicht mehr als 150 Mark, bei 17 951 Wohnungen nicht mehr als 200 Mark und bei 20 551 Wohnungen nicht mehr als 250 Mark. Diese insgesamt 33 893 Wohnungen stellen, wenn man von Dienst-, Frei- und Hausmeisternwohnungen, Eigentümerswohnungen und einer nicht sehr großen Zahl junger Kreiswohnungen, für

welche die Jahresmiete nicht feststellen war, abzieht, nicht weniger als 45,8 Prozent des gesamten nach dem Stande vom 1. Dezember 1916 vorhandenen Bestandes von 117 442 Wohnungen dar. Die Mieten dieser Wohnungen dürften infolge der Beschränkung der Mietzinssteigerung noch jetzt weniger als 375 M. betragen. Man wird in der Annahme nicht fehl gehen, daß der ganz überwiegende Teil dieser 53 893 Haushaltungen heute bereits auf Genussmittel (Tabak, Alkohol), Vergnügungen usw., also auf Luxusbedürfnisse mehr ausgeben als auf ihre Wohnungsmiete. Es bedarf keiner Erläuterung, daß dies ein volkswirtschaftlich durchaus unerwünschtes Ergebnis ist; denn während der zu den schwersten Besorgnissen Anlaß gebende Zustand unserer Wirtschaft einen starken Druck auf eine Einschränkung aller Luxusbedürfnisse geben sollte, wirkt die Niedrighaltung der Mieten und die Zurückdrängung der Ausgaben für Miete im Haushaltbudget dem entgegen.

Es ergibt sich also aus dieser Ueberlegung, daß eine Einschränkung der Mieten, wie sie die Durchführung der Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues bringen wird, als unerträglich nicht gelten kann. Man wird eben wohl eher über in weiten Kreisen keinen Standpunkt zu dieser Frage ändern müssen, soll wenigstens das bescheidene Bauprogramm der nächsten Jahre zur Durchführung gelangen.

Breslau. Kohlenkarten und Wohnungswechsel.

Für den bevorstehenden Umzugstermin wird erneut darauf hingewiesen, daß bei Umzügen die Kohlenkarten für die alte Wohnung von den Brotmarkenausgabestellen eingezogen werden, da mit der Aufgabe der Wohnung auch das dafür bewilligte Bezugsrecht erlischt. Bei der Meldung von Umzügen auf den Brotmarkenausgabestellen ist also auch die Rückgabe der Kohlenkarten erforderlich. Um Nachteile in der Zuweisung von Brennstoffen für die neue Wohnung zu vermeiden, ist es notwendig, sofort im Büro für die Kohlenversorgung, An der Magdalenastraße 10, unter Vorlegung des Mietvertrages eine neue Kohlenkarte zu beantragen.

Erhaltung der Anwartschaft in der Angestelltenversicherung.

Nach dem in Nr. 117, Seite 1578/80, des Reichsgesetzblattes für 1921 abgedruckten Gesetz vom 13. Dezember 1921 zur Ergänzung des Gesetzes über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 23. Juli 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 1173) sind Nachversicherungen bei den Lebensversicherungsunternehmen bis zum 31. Dezember 1921 und Befreiungen von der eigenen Beitragsleistung zur Angestelltenversicherung bis zum 31. Januar 1922 zu beantragen. Im Stadtkreise Breslau sind die Befreiungsanträge bei der Ausgabestelle der Angestelltenversicherung Breslau-Stadt, Springersstraße 5/9 III, zu stellen, woselbst auch der Wortlaut des Gesetzes eingesehen werden kann und weitere Auskünfte erteilt werden. Anträge, die erst nach Ablauf der vorgezeichneten Frist gestellt werden, müssen zurückgewiesen werden.

Vom Wohnungskommissar.

Der Magistrat gibt bekannt: Um Zweifel, die in der Öffentlichkeit aufgetaucht sind, zu klären, weist das Wohnungskommissariat darauf hin, daß es bei der Zuweisung von beschlagnahmten übergroßen und entbehrlichen Wohnungsteilen und Wohnungen an irgendwelche Frist nicht gebunden ist. Die Räume stehen dem Wohnungskommissar solange zur Verfügung, bis diese Verfügung durch den Wohnungskommissar selbst oder bei Einspruch durch das Mieteinigungsamt aufgehoben worden ist.

Versammlungs-Kalender.

SPD. Breslau. Freitag, den 30. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in allen Distrikten Distriktsversammlungen.
Kommunistische Eisenbahner! Freitag, den 30. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, sehr wichtige Sitzung im Parteibüro. Erscheinen aller ist Pflicht.
Berantwortl. Redakt.: Erich Gentsch; Inserate: Max Jochowicz.
Verlag: Proletkultgenossenschaft für die Prop. Schlesiens, e.G.m.b.H.
Druck: Büffel & Dantzel, sämtlich in Breslau.

Gestern Vormittag verstarb infolge Schlaganfalles unser braver Genosse

Karl Mende

Tischler in den Linke-Hofmann-Werken

Wir werden das Andenken an den treuen Kämpfer um die proletarische Sache stets in Ehren halten.

Breslau, den 29. Dezember 1921.

KPD. Ortsgruppe Breslau.
Distrikt 12.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 31. Dezember 1921, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kommunalfriedhofes Cosel aus statt. Wir ersuchen um recht zahlreiche Beteiligung.

Schauspielhaus
Operntheater Tel. R. 255
heute und täglich 7 1/2 Uhr:
Die Langstraße.
Sonnabend nach. 7 1/2 Uhr:
Die Hedermaht.

Liebig-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das große
Dezember-
Programm

Zahl für die
Altmetalle
Nicht nur für
Otto, Leibnizstr. 1.

Grammophon
gut erhalten, preiswert zu
verkaufen.
Mittelstr. 21, R. 1.
bei P. 1111.
Schlagung 11-12 Uhr.

Soeben erschienen:

KARL BREMER
Der
nahende Zusammenbruch
der deutschen Bourgeoisie u. die K. P. D.

BRILL: 1. Die Bilanz der drei Jahre / 2. Der Anstieg / 3. Die Angst vor dem Staatsbankrott / 4. Die Arbeiterbewegung und die K. P. D. / 5. Die Sozialdemokratie am Scheidewege / 6. Die nächsten Aufgaben.

36 Seiten Preis Mk. 2.—

Zu beziehen durch
CARL HOYM NACHF. LOUIS CANNBLEY, HAMBURG 11
sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der K. P. D.

Zeitungsausträgerin
für Odertor
kann sich melden.
Verlag der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“
Nikolaistraße 49/50.

Parteilosen
beden ihren gesamten Bedarf an
kommunistischer Literatur, Jugend-
schriften, Unterhaltungsblätter usw.
in der
Kommunistischen Buchhandl. Breslau, Ostbahnhofstr. 45.

Wandkalender
der
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung“
für das Jahr 1922
mit Verzeichnis aller wichtigen Ereignisse
nach der November-Revolution
auf extrastarkem Karton gedruckt (zum Aufhängen)
Preis Mk. 1.—

Zu beziehen durch den Verlag der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“, Breslau, Nikolaistraße 49/50

Genossen! kauft nur bei unseren Subskribenten.